



## Heimatministerium: Nach Fakten fragen ist keine Frechheit



Die Sprecherin der mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten, Helga Schmitt-Bussinger, wundert sich über die deutlichen Auslassungen von Staatssekretär Albert Füracker zu ihrer Schriftlichen Anfrage zum Heimatministerium: „Eine Mündliche Anfrage habe ich zum Heimatministerium gestellt und nur Wischiwasi als Antwort bekommen. Jetzt

habe ich konkret nachgefragt und schon ist Herr Staatssekretär Füracker beleidigt. Es scheint, als habe ich den Nerv getroffen“, so Schmitt-Bussinger. Albert Füracker hatte in der Nürnberger Zeitung die Fragen als „Frechheit“ bezeichnet. „Mir ist schon klar, dass Herrn Füracker die Opposition lästig ist. Nach dem aktuellen Stand im Heimatministerium zu

fragen ist aber mein Recht und auch meine Pflicht, das mag den CSU-Vertretern gefallen oder nicht.“

Schmitt-Bussinger hat zum Beispiel gefragt, wie viele Mitarbeiter in der Zwischenzeit in der Nürnberger Außenstelle des Finanzministeriums arbeiten, ob es Neueinstellungen gab und welche Themen konkret bearbeitet wurden. Das zu fragen, ist keine Frechheit, sondern bringt Klarheit. Auf die mündliche Anfrage der Abgeordneten vom Juni blieben die Antworten vage, deshalb fragte Schmitt-Bussinger nun in einer Schriftlichen Anfrage an die Staatsregierung detaillierter. U.a. danach, wie viele Mitarbeiter des Heimatministeriums in den vergangenen Monaten seit der Eröffnung am 20.2.2014 in Nürnberg gearbeitet haben, wie viele dieser Stellen mit Neueinstellungen besetzt wurden und wie viele dieser Personen zwischen Nürnberg und München pendeln. „Wenn ich eine nichtsagende Antwort auf eine Mündliche Anfrage bekomme, dann gibt es entweder über das Nürnberger Heimatministerium nichts zu sagen, oder sie wollen nichts sagen. Beides spricht nicht gerade für Söders Ministerium“, folgert Schmitt-Bussinger.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit etwa einem Jahr regieren wir im Bund mit und ich muss sagen: Unsere Handschrift tut gut. Denn 2015 gibt es endlich in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn. Zudem können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach 45 Versicherungsjahren 2 Jahre vor der Regelaltersgrenze in Rente gehen – und zwar ohne Rentenkürzungen. Für alle vor 1992 geborenen Kinder wird die Anrechnung der Kindererziehungszeiten ausgeweitet, d.h. für Mütter oder Väter gibt es pro Kind einen Entgeltpunkt mehr auf dem Rentenkonto. Die Länder bekommen 6 Milliarden Euro mehr für Bildungsinvestitionen. Mit der BAföG-Reform haben wir mehr Bildungsgerechtigkeit durchgesetzt durch höhere Bedarfssätze, Freibeträge und Kinderbetreuungszuschläge ab 2016. Wir helfen den Städten und Gemeinden nicht nur mit 1 Milliarde Euro bei der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung, sondern wir werden sie Schritt für Schritt innerhalb weniger Jahre um 10 Milliarden Euro finanziell entlasten. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und schon jetzt einen guten Rutsch in ein gesundes Jahr 2015!

Ihre  
Helga Schmitt-Bussinger  
Mitglied des Landtages



## Flüchtlinge: Kommunen unterstützen!



**Im Bild (vlnr.) die Bereichsleiter und Abgeordneten: Hildegund Rüger (Schulen), MdL Alexandra Hiersemann, MdL Stefan Schuster, MdL Helga Schmitt-Bussinger, Regierungspräsident Dr. Bauer, MdL Angelika Weikert, Robert Karl (Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz), Walter Leuner (Sicherheit, Kommunales, Soziales), Gerhard Seitz (Planung und Bau), Klaus Kreitinger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr).**

Die mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Angelika Weikert, Alexandra Hiersemann, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Stefan Schuster und Arif Tasdelen fordern nach einem Besuch beim mittelfränkischen Regierungspräsidenten Dr. Bauer, die bayerische Staatsregierung erneut auf, die Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen nachhaltig zu unterstützen:

Hauptthema des Gesprächs war die Situation der Asylbewerber in Mittelfranken. Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland und damit auch nach Mittelfranken kommen, steigt stetig. Waren es 2007 noch 19.000

Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, werden es 2014 rund 200.000 sein. Mittelfranken übernimmt mit der Zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (ZAE) in Zirndorf zusammen mit der ZAE München eine bayernweite Aufgabe. Auch hier zeigt sich die schwierige Lage: Die ZAE Zirndorf war ursprünglich konzipiert für 650 Plätze und ist derzeit mit 2.300 Flüchtlingen völlig überbelegt. Prognosen gibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht mehr, so unkalkulierbar ist die Lage derzeit. Der von der Staatsregierung angelegte „Notfallplan Winter“ sei laut Regierungspräsidenten Dr. Bauer in Mittelfranken bereits weitgehend umgesetzt, v.a. dank des

Engagements von Städten und Gemeinden. Dennoch müsse klar sein, dass die Kommunen hier staatliche Aufgaben übernehmen. Und: „Ohne die große Unterstützung durch Ehrenamtliche wäre die umfassende Hilfe für Flüchtlinge so nicht möglich. Ihnen gebührt unser Dank“, so Dr. Bauer.

Abgeordnete Schmitt-Bussinger kündigt an: „Wir werden von der Staatsregierung einfordern, dass sie die Kommunen für ihre Leistungen finanziell entschädigt.“ Wichtig sei zudem die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. Angelika Weikert: „Wir sind hier auf die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger angewiesen, um geeignete Räume zu finden. Gleichzeitig ist ein Förderprogramm



des Freistaats nötig, um Wohnraum anmieten zu können.“

Um Flüchtlingskinder auf den Besuch einer Regelschule vorzubereiten, seien zudem spezielle Übergangsklassen notwendig. Auf Nachfrage wurde bei dem Gespräch deutlich, dass neben den bestehenden rund 80 Übergangsklassen in Mittelfranken weiterer Bedarf von 20 besteht. Stefan Schuster: „Das bedeutet auch, dass der Freistaat mehr Lehrerstellen zur Verfügung stellen und dieses

bereits 34 Prozent des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien deckt. Allerdings, so Dr. Bauer, sei es zunehmend schwieriger auf die angestrebten 50 Prozent zu kommen. Harry Scheuenstuhl gab zu bedenken, dass durch die 10H-Regelung, die auf Wunsch der Staatsregierung am 20.11.14 verabschiedet werden soll, der Ausbau der Windenergie in Mittelfranken völlig zum Erliegen kommt. Scheuenstuhl: „Durch die Politik der Staatsregierung wird die

des Trinkwassers. Die Gründe seien neben der landwirtschaftlichen Nutzung die geringen Niederschläge in Mittelfranken und besondere Bodenverhältnisse. Das Problem sei aber erkannt und man gehe mit gezielten Programmen gegen die Verunreinigung vor.

Weiteres Thema war die Verkehrssituation in Mittelfranken. Schwerpunkt – hier waren sich der Regierungspräsident und die Abgeordneten einig – muss der Ausbau der Engstellen der stark belasteten A6 und A3 in Mittelfranken sein. Die Abgeordneten fordern in diesem Zusammenhang den Einsatz von Geschwindigkeitsbegrenzungen für die Lärmreduzierung. Gleichzeitig wurden die Fortschritte für die weitere Planung der Stadt-Umland-Bahn Erlangen-Erlangen/Höchststadt-Nürnberg (StUB) begrüßt. „Die StUB ist ein wesentlicher Faktor für die gesamte Metropolregion als Nahverkehrssystem der Zukunft“, so Alexandra Hiersemann. Klar war auch, dass die angekündigte Reaktivierung der Hesselbergbahn zwischen Gunzenhausen und Wassertrüdingen ein wichtiger Schritt sei. Jedoch bliebe als Ziel die weitere Wiederbelebung des Bereichs Wassertrüdingen über Oettingen nach Nördlingen sowie des gesamten zweiten Zweiges von Dombühl nach Nördlingen.



Angebot flexibel an die Zahl der Flüchtlinge anpassen muss.“

Beim Thema erneuerbare Energien ist erfreulich, dass Mittelfranken

Energiewende erschwert und nicht vorangebracht.“

Probleme bereitet Mittelfranken nach aktuellen Angaben des Landesamts für Umwelt die Nitratbelastung



## Gedenken an Karl-Heinz Hiersemann



In einer Feierstunde gedachte die SPD-Landtagsfraktion Karl-Heinz Hiersemann, der heuer seinen 70. Geburtstag feiern würde. Er war Vorsitzender der SPD-Fraktion, Spitzenkandidat der BayernSPD sowie Landtags-Vizepräsident. Und er war Chef des mächtigen SPD-Bezirks Franken. Wenn man Weggefährten fragt, was sie an Karl-Heinz Hiersemann besonders in Erinnerung haben, so wird immer wieder anerkennend bescheinigt, dass Karl-Heinz Hiersemann der

beste Redner im Parlament war, vor dessen Wortgewalt sich selbst die CSU fürchtete. Er war ein analytischer Kopf, schlagfertig und humorvoll. Er hatte eine politische Mission und politische Visionen. All dies zeigt, dass Karl-Heinz Hiersemann ein außergewöhnlicher Politiker, ein besondere Mensch war. Mit dabei waren natürlich meine liebe Kollegin und Witwe von Karl-Heinz Hiersemann, Alexandra Hiersemann und Sohn Alexander. Ebenso Dr. Günther

Beckstein, der mit Karl-Heinz Hiersemann 1974 in den Landtag eingezogen ist. Sie beide verband mehr als das gemeinsame Schicksal als fränkische Abgeordnete im fernen München. Zudem Franz Maget, der Nach-Nachfolger von Karl-Heinz Hiersemann als Fraktionsvorsitzender und auch als Vizepräsident und viele weitere Weggefährten. Alles in allem ein wirklich bewegender Abend.

## Einsatz für Uni-Erlangen hat sich gelohnt

Helga Schmitt-Bussinger und Alexandra Hiersemann freuen sich, dass sich ihr Einsatz für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg zum Doppelhaushalt 2015/2016 gelohnt hat. Sie hatten 10 Millionen Euro für zwei dringende Sanierungsvorhaben von Gebäuden, von denen ein Sicherheitsrisiko ausgeht, gefordert:

*„Zwar ist unser Antrag von der CSU abgelehnt worden. Aber sie haben es*

*offenbar eingesehen und selbst Anträge mit genau unserer Zielrichtung eingebracht und verabschiedet. Das zeugt zwar nicht von Größe, aber die Hauptsache ist, dass die CSU die Notwendigkeit erkannt hat und endlich handelt.“*, so Schmitt-Bussinger.

Konkret handelt es sich um die Sanierung der Gebäude der Anatomie I und des Physikalischen Außenlabors. Hier sollten gem. dem Antrag von Schmitt-Bussinger und Hiersemann Haushaltsmittel von insgesamt 10

Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Hiersemann: *„Die CSU hat zwar statt konkreter Mittelzuweisung von zwei Mal fünf Millionen Euro nur undotierte Haushaltstitel, also zunächst nur Titel ohne Mittel eingefügt, aber wir werden genau darauf schauen, dass die notwendigen Mittel auch bereitgestellt werden.“*

An der Universität Erlangen-Nürnberg gibt es im Stadtgebiet Erlangen, am Stadtrand (Südgelände) sowie im Stadtgebiet Nürnberg einen enormen



Sanierungsstau bei vielen der Universitätsgebäude und deren technischen Anlagen. Die meisten werden bereits 30 oder 40 Jahre intensiv genutzt und kommen an das Ende ihrer Lebensdauer. Die Sanierungsanfrage, die von der Universitätsleitung für

das Gebäude für den letzten Doppelhalt gestellt worden war, war nicht berücksichtigt worden. Dies änderte sich durch den Einsatz der Abgeordneten Hiersemann und Schmitt-Bussinger. Um Studierenden und Lehrenden ein sicheres Arbeitsumfeld zu

schaffen, ist eine umfassende Sanierung der Gebäude Anatomie I und des Physikalischen Außenlabors notwendig.

## „Schule ohne Rassismus“: Patin der Schule Rednitzhembach



Die Landtagsabgeordnete für Nürnberg-Süd und Schwabach, Helga Schmitt-Bussinger, ist Patin des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an der Grund- und Mittelschule Rednitzhembach. Damit ist die Schule Teil eines deutschlandweiten Netzwerks aus über 1200 Einrichtungen.

„Ich freue mich, gerade hier an meiner alten Wirkungsstätte als Hauptschullehrerin, die Patenschaft für dieses tolle Projekt übernehmen zu dürfen“, so die Abgeordnete. „Schule ohne Rassismus“ ist eine Selbstverpflichtung der Schülerinnen und

Schüler zu mehr Aufmerksamkeit und Toleranz im Alltag, der Weg beginnt also gerade erst. „Selbstverständlich werde ich zukünftig mit viel Rat und Tat zur Seite stehen.“ Über ein Jahr lang dauerte der Vergabeprozess, bei dem die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Aktionen unter Beweis stellen mussten, dass sie tatsächlich mehr Zivilcourage und Toleranz an ihre Schule bringen wollen.

„Zuerst muss man sich natürlich fragen, was Rassismus eigentlich bedeutet und wie wir ihn bekämpfen können“, unterstrich Schmitt-Bussinger

in ihrer Ansprache, „als Mitglied des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses habe ich hautnah miterleben müssen, was passiert, wenn Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit in Gewalt umschlagen. Deswegen bin ich stolz, dass bundesweit von so vielen jungen Menschen ein Zeichen gesetzt wird!“ Um kommende Aktionen der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, übergab Schmitt-Bussinger der Schulleiterin Silke Blomeyer eine Spende für neue Schülerprojekte im Rahmen von „Schule ohne Rassismus“.



## Mittelfränkische Verkehrskonferenz



Am 8.12.14 fand auf Einladung von Helga Schmitt-Bussinger und Martin Burkert im Festsaal des Nürnberger DB-Museums die Mittelfränkische Verkehrskonferenz als gemeinsame Fachkonferenz der SPD-Landtagsfraktion und der Bayerischen Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion statt.

Sie führte die zuständigen Entscheidungsakteure zusammen, um zu analysieren, welche Voraussetzungen für die Verkehrsinfrastruktur in Mittelfranken für die kommenden Jahre notwendig sind. Kommunalpolitiker sowie Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, des Handwerks, des Tourismus oder der Verbände konnten auf diese Weise in den direkten

Dialog u.a. mit Akteuren aus dem Bahn-, Straßen-, Hafen- und Luftfahrtsektor und der Bundes- sowie Landespolitik treten. Zentral waren für die Kommunalpolitiker Ortsumgehungen, wobei Martin Burkert zu bedenken gab, dass die Mittel des in Vorbereitung befindlichen Bundesverkehrswegeplans nur Mittel für sehr wenige Umgehungen zulassen würden. Burkert brachte die Überlegung eines Sonderprogramms für Ortsumgehungen ins Spiel. Landrat Herbert Eckstein warnte die Verantwortlichen der Bundes- und Landesregierung, bei verkehrlichen Ankündigungen nicht Erwartungen zu wecken, die wegen enger finanzieller Spielräume dann nicht erfüllt werden könnten. Harald Leupold, Chef

des Nürnberger Hafens bat um eine rasche Ertüchtigung der Verkehrsanbindung (BAB und Bahn) des Güterverkehrszentrums am Hafen, das mit seiner Trimodalität eine europaweite Bedeutung besitzt. Vielfach wurde die fehlende Barrierefreiheit an Bahnhöfen bemängelt. Klaus-Dieter Josel versprach als Chef der Bahn in Bayern, die Barrierefreiheit an Bahnhöfen weiter auszubauen. Derzeit habe man in Bayern ein Drittel der 1017 nicht barrierefreien Bahnhöfe umgebaut. Weiteres Thema waren die Sanierung der Pegnitzbrücken und die Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Marktredwitz.





## Für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

Die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, die auf Initiative der SPD-Fraktion eingesetzt worden ist, hat am 2. Oktober ihre Arbeit im Bayerischen Landtag aufgenommen.

Ziel der Kommission ist, für Landtag und Staatsregierung konkrete Vorschläge zu entwickeln, um das Verfassungsziel der Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen und eine ausgeglichene Entwicklung der Regionen tatsächlich umzusetzen.

Unser Freistaat hat Nachholbedarf:

- Bayern ist das Bundesland mit den größten regionalen Unterschieden (Disparitäten): Sowohl bei der Bevölkerungsentwicklung als auch bei der wirtschaftlichen Leistungskraft öffnet sich die Schere zwischen den Regionen immer weiter. Das Ungleichgewicht bei Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen Leistung wächst.

- Auch im Bereich Infrastruktur (z. B. Verkehrsinfrastruktur, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Breitbandanbindung, Schul- und Kindergartenstandorte usw.) sind die verschiedenen Regionen mit unterschiedlichen regionsspezifischen Problemen konfrontiert.

- Die Attraktivität der einzelnen Landesteile ist abhängig vom Bildungsangebot, der Freizeitgestaltung, dem kulturellen Leben, vom Arbeitsangebot und von den Einkaufsmöglichkeiten am Ort. Dies hängt aber alles zusammen mit den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Sie gilt es mit einer besseren Finanzausstattung zu stärken.

Die Enquete-Kommission setzt sich aus Abgeordneten aller Fraktionen sowie externen Experten zusammen und ist auf eine Dauer von etwa zwei Jahren angelegt.

Für uns Sozialdemokraten arbeiten drei Abgeordnete in der Kommission

mit: **Dr. Christoph Rabenstein** als stellvertretender Vorsitzender, **Annette Karl** und **Günther Knoblauch**, sowie zwei Experten: **Prof. Dr. Manfred Miosga**, Leiter der Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung, Universität Bayreuth, und **Dr. Detlev Sträter**, Mitarbeiter der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e. V..

Wir werden konkrete Handlungsaufträge an die Staatsregierung erarbeiten, die dann auch mit Leben gefüllt werden. Wir wollen Bayern wieder ins Gleichgewicht bringen: Gleiche Chancen für die Menschen in allen Landesteilen Bayerns

Für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern:  
<http://bayernspd-landtag.de/politik/heimat-enquete/>

### Kontakt

Abgeordnetenbüro Nürnberg  
Karl-Bröger-Straße 9  
90459 Nürnberg  
Tel.: 0911 / 4 38 96 50  
Fax: 0911 / 4 38 96 59  
buero@schmitt-bussinger.de  
www.schmitt-bussinger.de  
www.facebook.de/schmittbussinger

### Impressum

LandtagsInfo von Helga Schmitt-Bussinger,  
MdL (V.i.S.d.P)

### Fragen?

Wenn Sie Fragen oder Anliegen haben, melden Sie sich unter nebenstehenden Kontaktdaten bei mir.

### Termine

Meine aktuellen Termine finden Sie auf meiner Homepage.

